

# #WirtschaftHilft

*Aktuelles. Risiken. Handlungsoptionen.*

13. Mai 2022

## Aktuelles

- Die Lage in der Ukraine wird durch das UNHCR als größte humanitäre Krise in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs bezeichnet: Rund 6 Millionen Einwohner haben seit Kriegsbeginn die Ukraine in Richtung der europäischen Nachbarstaaten verlassen. 7,7 Millionen Ukrainer sind im Inland auf der Flucht vor dem Kriegsgeschehen; 15,7 Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen.
- Am 03. März 2020 haben sich die Mitgliedstaaten der EU darauf verständigt, erstmals eine Richtlinie für den Fall eines „massenhaften Zustroms“ von Vertriebenen in Kraft zu setzen. Der Schutz gilt zunächst für ein Jahr, kann jedoch um insgesamt zwei weitere Jahre verlängert werden. Ein langwieriges Asylverfahren ist dafür nicht nötig.
- In Deutschland sind bisher rund 610.000 Flüchtlinge registriert. Da es keine Meldepflicht gibt, dürfte die tatsächliche Zahl aber deutlich höher sein. Ukrainische Flüchtlinge dürfen sich jetzt bis zu 180 Tage ohne Visum in Deutschland aufhalten. Aktuelle Schätzungen der Bundesregierung gehen von rund 700.000 Flüchtlingen hierzulande aus.
- Schwerpunkt der Flüchtlingsversorgung sind die deutschen Großstädte – eine Verteilung auf Ebene der Länder und Kommunen nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel ist geplant. Pro Flüchtling werden seitens der Bundesregierung Versorgungskosten in Höhe von 1.000 Euro pro Monat kalkuliert. In 2022 werden mit zusätzlichen Versorgungsaufwendungen in Höhe von ca. fünf bis 7,5 Mrd. Euro für Bund, Länder und Kommunen gerechnet. Im aktuellen Nachtragshaushalt der Bundesregierung sind vier Mrd. Euro für die Flüchtlingsversorgung des Bundes eingeplant.

## Risiken

- Derzeit bestehen nach Aussagen des UNHCR und von Hilfsorganisationen nach wie vor keine Engpässe an humanitären Hilfsgütern. Ausnahmen bestehen den umkämpften Gebieten und belagerten Städten. Dort ist die Unterversorgung aufgrund fehlender logistischer Möglichkeiten teilweise dramatisch.
- Insgesamt ist die logistische Verteilung von Gütern innerhalb der Ukraine aufgrund der unberechenbaren Sicherheitslage und fehlender Transportkapazitäten angespannt. Hilfstransporte aus Nachbarstaaten werden an der Grenze auf Kleintransporter umgeladen, größere Lkw dürfen die

Grenze nicht passieren. Mittlerweile werden vermehrt Hilfsgüter per Schiene in die Ukraine geliefert. Die Deutsche Bahn hat hierfür z. B. die Initiative Schienenbrücke Ende März gestartet.

- International und EU-weit besteht eine hohe Hilfsbereitschaft von staatlichen und privaten Akteuren. Allerdings verzeichnen Hilfsorganisationen einen deutlichen Spendeneinbruch von Privatpersonen. Hilfsbedarfe der Ukrainischen Regierung werden vorwiegend durch Großspenden von Unternehmen oder staatlichen Stellen gedeckt. Damit kommt der Ukraineunterstützung der deutschen Wirtschaft eine steigende Bedeutung zu. Unternehmen, die helfen wollen, sollten sich an offiziellen Bedarfslisten für Sachspenden der Bundesregierung ([www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info)) orientieren oder finanzielle Spenden erbringen.
- Neben der Flüchtlingsversorgung rückt der Wiederaufbau von Infrastrukturen in den politischen Fokus der Ukrainehilfe. Die Bundesregierung geht nach ersten Berechnungen von Kriegsschäden vor Ort in Höhe von derzeit über einer Billion Euro aus. Das Centre for Economic Policy Research (CEPR), ein Netz von 1600 forschenden Wirtschaftsexperten, schätzt, dass die anhaltenden Kämpfe bisher 30 bis 60 Prozent der ukrainischen Produktions- und Logistikkapazitäten beschädigt oder zerstört haben.
- Bisher bestehen keine belastbaren Wiederaufbaukonzepte der EU für eine strukturierte Unterstützung der Ukraine. Am 25. März wurde zwar beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs die Einrichtung eines EU-Solidaritätsfonds beschlossen, Umsetzungsdetails gibt es jedoch noch nicht. Seit Kriegsbeginn hat die EU vier Mrd. Euro an Unterstützungszahlungen geleistet. Informell ist zu hören, dass weitere Hilfspakete für die Übernahme laufender Kosten des ukrainischen Staates in Höhe von 10 bis 15 Mrd Euro für die kommenden Monate geprüft werden
- Bei einer internationalen Geberkonferenz der Regierungen Polens und Schwedens – unter Beteiligung der EU und der UN – vom 5. Mai in Warschau wurden 6 Milliarden Euro an Unterstützungszahlungen an die Ukraine zugesagt – davon sollen 265 Millionen Euro aus Deutschland kommen. Aktuelle Maßnahmen der Bundesregierung konzentrieren sich dabei vor allem auf Akuthilfen für die Reparatur von z. B. Energieinfrastrukturen. Das laufende Sofortprogramm der Bundesregierung – das im Betrag der Geberkonferenz inkludiert ist – umfasst Mittel in Höhe von 185 Millionen Euro Wiederaufbauhilfe im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit des BMZ vor.

## Handlungsoptionen

- **Informationsportal für humanitäre Hilfe der deutschen Wirtschaft:** Der BDI hat mit den Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft (BDA, DIHK, ZDH) in Abstimmung mit der Bundesregierung, den NGOs eine Koordinierungsplattform #WirtschaftHilft (unter [www.WirtschaftHilft.info](http://www.WirtschaftHilft.info)) aufgebaut. Dort erfolgt die Bündelung von Informationen und Ansprechpartnern zu laufenden Maßnahmen, Bedarfen und regulatorischen Anforderungen der humanitären Hilfe, der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sowie zur Aufrechterhaltung der betrieblichen Abläufe im Sanktionskontext durch Unternehmen.
- **In Ergänzung des Informationsportals haben die vier Spitzenverbände ein Multiplikatorennetzwerk** zwischen den Bedarfsträgern in den Krisenstäben der Bundesregierung, NGOs und Flüchtlingsstellen einerseits und den Unternehmen plus Wirtschaftsverbänden (inkl. Ländervertretungen) als „Bedarfsdecker“ und Spender andererseits, aufgebaut. Ziele und Aufgaben sind:
  - Aktive und regelmäßige Bereitstellung von Informationen (Hilfsbedarfe, Lageentwicklung, bürokratische Anforderungen) und zielgerichtete Weiterleitung an Unternehmen und Verbände.

- Kanalisierung unterstützungswilliger Unternehmen zu den „richtigen“ Ansprechpartnern bei Regierung, Behörden und NGOs. Das betrifft die Vor-Ort-Hilfe in der Ukraine als auch etwaige Unterstützungen bei der Versorgung von Flüchtlingen in Europa und Deutschland.
- **Wiederaufbau:** Die Verbände der deutschen Industrie sollten mit der Bundesregierung sondieren, ob, wie und bis wann ein deutscher Beitrag für ein den Wiederaufbau der Ukraine entwickelt werden kann. Dieser voraussichtlich längere Prozess sollte frühstmöglich aufgesetzt werden, um eine Handlungsfähigkeit für den Zeitpunkt sicherzustellen, an dem das Kriegsgeschehen umfassendere Wiederaufbaumaßnahmen zulässt.